



## **Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 09.04.2024 – Auszug aus Drucksache 19/1795 –**

### **Frage Nummer 4 mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung**

Abgeordneter **Rene Dierkes** (AfD) Ich frage die Staatsregierung, ob sie bzw. der Staatsminister des Innern, für Sport und Integration Joachim Herrmann erst bei der Vorstellung der Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) 2023, also kurz vor der Europawahl, den überproportional hohen Anteil ausländischer Straftäter festgestellt hat oder war der Staatsregierung dieser auch schon bereits angesichts der PKS 2022 im Vorjahr bewusst und ist sie nun der Ansicht, die effektivste Methode zur Senkung der Kriminalität kann nur ein Stopp weiterer Zuwanderung, ein wirksames Grenzregiment sowie die konsequente Ausweisung ordnungs- und strafrechtlich auffälliger Ausländer und Flüchtlinge sein, wird also die Staatsregierung als Konsequenz dieser Zahlen eine umfassende Remigrationspolitik einleiten?

### **Antwort des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration**

Seit 1953 wird die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) durch das Bundeskriminalamt (BKA) zentral für die Bundesrepublik Deutschland geführt. Wohl beinahe genauso lange veröffentlichen die Bundesländer ihre jeweiligen Ergebnisse, um auch der Bevölkerung transparent die Veränderungen der Kriminalität in den betrachteten Bereichen darstellen zu können. Die PKS ist ein unverzichtbarer Gradmesser zur Bewertung der Inneren Sicherheit und oftmals eine wichtige Grundlage für kriminalstrategische und -politische Entscheidungen.

Der Anteil Nichtdeutscher unter den Tatverdächtigen ist seit jeher Teil der Kriminalstatistik. Für Bayern stehen im Internet<sup>1</sup> die Jahresberichte bis einschließlich 2009 zum Abruf bereit. Hier finden sich jeweils auch detaillierte Ausführungen zu deutschen wie nichtdeutschen Tatverdächtigen. Dieser Bereich fließt somit in jedem Berichtsjahr, so auch 2022, neben vielen anderen Themenschwerpunkten, in die Betrachtung respektive Bewertung der Kriminalitätsentwicklung ein.

Die Begrenzung der Zahl der Zuwanderer ohne Visum ist ein Aspekt, um dem derzeitigen Anstieg der Kriminalität zu begegnen. Die Faktoren, die zum Anstieg führten, sind allerdings äußerst vielschichtig und komplex, betreffen nicht nur den Anstieg von nichtdeutschen Tatverdächtigen und bedürfen daher eines ganzheitlichen

---

<sup>1</sup> unter: <https://www.polizei.bayern.de/kriminalitaet/statistik/index.html>

Bekämpfungsansatzes bzw. umfassenden Maßnahmenbündels unter Vernetzung und Zusammenarbeit verschiedenster Behörden und Akteure.

U. a. auf Basis der PKS erfolgen fortlaufend Analysen und damit einhergehend Bewertungen, um beispielsweise die Einsatzkonzepte sowie Polizeipräsenz entsprechend anzupassen. So hat die Bayerische Polizei die Sicherheitslage gerade in und im Umfeld von Gemeinschaftsunterkünften fest im Blick, um unverzüglich und konsequent einzuschreiten.

Auch bei den tatverdächtigen Ausländern steht die Gruppe der Mehrfach- und Intensivtäter in besonderem polizeilichem Fokus.

Besonders wichtig ist, nach Verbüßen der Strafe diejenigen Ausländer möglichst unverzüglich außer Landes zu bringen, die eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen.

Das Bayerische Landesamt für Asyl und Rückführungen hat zu diesem Zweck die Task Force „Straftäter“ eingerichtet, die in enger Kooperation mit Polizei, Justiz und Ausländerbehörden die behördliche Zusammenarbeit für eine schnelle und konsequente Aufenthaltsbeendigung schwer straffällig gewordener Ausländer bündelt.

Allerdings müssen hierzu auf Bundesebene wichtige asylpolitische Entscheidungen getroffen werden. Hierzu zählt z. B. die Liste der sicheren Herkunftsstaaten zu ergänzen. Nur so kann der Aufenthalt von Mehrfach- und Intensivtätern schnell beendet werden.

Bis der EU-Außengrenzschutz adäquat ausgebaut ist, müssen Bundespolizei und Bayerische Grenzpolizei die Binnengrenzen konsequent kontrollieren.

Die bereits erheblich ausgebaute Bayerische Grenzpolizei sorgt in Bayern für ein deutliches Sicherheitsplus. Bis 2028 wird die Bayerische Grenzpolizei auf insgesamt 1 500 Stellen verstärkt, um nicht nur illegale Migration und Schleuser, sondern die gesamte grenzüberschreitende Kriminalität intensiver zu bekämpfen. Bei den Schleierfahndungskontrollen und den Grenzkontrollen erzielten die bayerischen Grenzfahnder 2023 insgesamt 19 165 Fahndungstreffer (2022: 21 090, 2021: 17 901) – beispielsweise, weil ein Haftbefehl vorlag oder ein Fahrzeug wegen Diebstahls zur Fahndung ausgeschrieben war. Zudem nahm die Bayerische Grenzpolizei vergangenes Jahr insgesamt 360 Schleuser fest, deutlich mehr als in den Vorjahren (2022: 230, 2021: 233).

Auch die konsequente Bekämpfung von Straftaten und Ordnungsstörungen im öffentlichen Raum ist weiterhin ein Schwerpunkt der Polizeiarbeit.

Daneben sind auch die kulturelle Integration sowie die Integration in die hiesige Rechtsordnung wichtige Bausteine, um kriminogenen Faktoren entgegenzuwirken. Hierzu wurden zahlreiche Fördermaßnahmen auf den Weg gebracht.